



Detailansicht des Registereintrags

DDV Deutscher Dialogmarketing Verband e.V.

Stand vom 31.03.2025 17:10:46 bis 17.06.2025 10:20:52

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000076
Ersteintrag:	17.01.2022
Letzte Änderung:	31.03.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	31.03.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein
Kontaktdaten:	Adresse: Hahnstraße 70 60528 Frankfurt Deutschland Telefonnummer: +4969401276500 E-Mail-Adressen: info@ddv.de Webseiten: www.ddv.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Französische Straße 12 10117 Berlin Telefonnummer: +49509320933 E-Mail-Adresse: d.henze@ddv.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

440.001 bis 450.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,60

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Patrick Tapp**

Funktion: Präsident

2. Martin Nitsche

Funktion: Präsident

3. Uebel Ulf

Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):**1. Franz Peter Altemeier**

Tätigkeit bis 05/22:

Mitarbeiter von Dr. Wieland Schinnenburg und Michael Kruse
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Daniela Henze**Gesamtzahl der Mitglieder:**

857 Mitglieder am 20.02.2024, davon:

379 natürliche Personen

478 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. The Federation of European Data and Marketing (FEDMA)
2. Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft ZAW e.V.
3. vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.
4. Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs e. V.
5. Deutscher Verband für Post, Informationstechnologie und Telekommunikation e.V. (DVPT)
6. Netzwerk Public Affairs e.V.
7. Wirtschaftspolitischer Club Deutschland (WPCD) e.V.
8. GDMA Global Data and Marketing Alliance
9. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (15):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Werbung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Sonstiges im Bereich "Recht"; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Zivilgesellschaft

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Schwerpunkte des Verbandsengagements sind die politische Interessenvertretung, der wirtschaftliche und politische Informationsaustausch, die Vernetzung der Mitglieder mit Vertretern aus der Wirtschaft, Wissenschaft und der Politik, die Qualitätssicherung und Nachwuchsförderung. Im DDV sind Auftraggeber von Dialogmarketing und ihre Dienstleister vertreten, u. a. Agenturen, Adress- und Informationsdienstleister, E-Mail-Dienstleister, Customer Services- und Contact-Center, Direct-Mail-Unternehmen sowie Werbungstreibende aus verschiedenen Wirtschaftszweigen. Mithilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale des Dialogmarketings, machen Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung eines ausgewogenen Datenschutz-, Verbraucherschutz und Wettbewerbsrechts. Der Verband pflegt den interfraktionellen Gedankenaustausch, um die Rahmenbedingungen der Freiheit der Kommunikation zu erhalten und die Möglichkeiten des Dialogmarketings einsetzen zu können. Es werden Fachveranstaltungen und Podien organisiert, aber auch unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten veröffentlicht und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Paragraf 34 I BDSG für Auskunftsanfragen und Paragraf 20 III zur Vermeidung paralleler Verfahren

Beschreibung:

Der DDV setzt sich für eine gesetzliche Regelungen auf Basis aktueller Rechtsprechung des EuGH zur Speicherfrist für Auskunftsanfragen hinsichtlich der Empfänger von Daten ein. Im Weiteren gäbe das Änderungsgesetz die Möglichkeit, das Problem der doppelten Rechtswege (Zivil- und Verwaltungsrechtsweg) zu lösen, indem ein Rechtsweg ausgesetzt würde unter Priorisierung des Zivilrechtsweges. Nicht zuletzt weist der DDV auf werberechtliche Missverständnisse im Zusammenhang mit dem so genannten Lettershop-Verfahren hin.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404170001 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Gesetzl. Klarstellung für Spendenwerbung durch NGOs und Unternehmen; Rechtssicherer Rahmen.

Beschreibung:

Der DDV setzt sich für eine klare wettbewerbsrechtliche Beurteilung der Spendenwerbung ein. Ziel ist es, eine Gesetzesänderung zu erwirken, die klarstellt, dass Spendenwerbung durch gemeinnützige Organisationen nicht dem UWG unterfällt und Spendenwerbung durch wirtschaftlich tätige Unternehmen keine geschäftliche Handlung im Sinne des UWG darstellt, sofern der altruistische Zweck im Vordergrund steht und insbesondere kein Bezug zu Produkten oder Leistungen des Unternehmens hergestellt wird.

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Werbung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404190002 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Abwehr einer allgemeinen Bestätigungslösung für telefonisch abgeschlossene Verträge

Beschreibung:

Abwehr einer allgemeinen Bestätigungslösung für telefonisch abgeschlossene Verträge (mit Blick auf den bereits mehr als ausreichenden Schutzrahmen für Verbraucher).

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410080008 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

4. Vorschlag einer EU-Richtlinie über Umweltaussagen (2023/0085(COD): Vorab-Prüfung sämtlicher umweltbezogener Werbemaßnahmen soll verhindert werden

Beschreibung:

Umweltangaben sind zu einem Wettbewerbsfaktor geworden, sodass der ZAW sinnvolle Regelungen unterstützt, wenn damit verhindert werden soll, dass sich Mitbewerber mittels irreführender werblicher Umweltaussagen („Greenwashing“) in unlauterer Weise einen Vorteil verschaffen. Durch die UGP-Richtlinie bestehen bereits seit Jahrzehnten einheitliche Regelungen in Bezug auf unlautere Geschäftspraktiken. Auch wenn diese bislang keine spezifischen Vorgaben zu Umweltangaben enthält: Das Verbot irreführender Werbung erfasst auch die Werbung mit irreführenden Umweltaussagen. Eine generelle Vorab-Prüfung sämtlicher Claims ist nicht notwendig. Der ZAW appelliert daher im Rahmen der Interessenvertretung in Deutschland an die Bundesregierung, sich im Rat gegen die Vorab-Prüfung auszusprechen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503310252 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.040.001 bis 1.050.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[DDV-Geschäftsbericht-2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[DDV-Verhaltenskodex-pol-Interessenvertretung.pdf](#)